

Friedhöfe und Grundschulen sind etwas, das man in Trier nicht ungestraft schließen kann. Politiker, die eins von beiden oder gar beides zusammen vorhaben, laufen Gefahr, nicht wieder gewählt zu werden. Sie betreiben aus Sicht des Trierer Bürgers rein „abstrakte“ Belange, die im Nachhinein zwar eventuell parteipolitischer Profilierung geschuldet sind, aber sicher nicht den konkreten Bedürfnissen der Menschen vor Ort entsprechen. Insofern zeugt es von einem großem politischen Missverständnis, wenn der Chefredakteur des Trierischen Volksfreundes, Dieter Lintz, höchst selbst, die Parteien unter Druck setzt, sich mehrheitlich für eine Lösung der von der Verwaltung geforderten Schließungen einiger Grundschulen anzuschließen, weil sie (auf lange Sicht) unvermeidlich seien. Besonders die CDU sei nach Lintz gefordert „Verantwortung“ (TV, 20.02.13) zu übernehmen, denn „die kann nicht in einer Totalverweigerung bestehen“ (TV, ebd.). Man fragt sich: Warum sollte Verantwortungsbewusstsein nicht auch in einer generellen Ablehnung eines Konzeptes bestehen, dass sich vor allem dadurch auszeichnet, dass es eben nicht dem Willen der Menschen vor Ort und ihren Ortsbeiräten entspricht? Hier redet also ein Mann der Presse dem rein abstrakten Politikverständnis das Wort, das völlig naiv und fraglos voraussetzt, es gäbe eine legitimierte Politikerschaft, die losgelöst von den artikulierten Bedürfnissen der Bürger/innen in den verschiedenen Stadtteilen von Trier, den übergeordneten Standpunkt einnehmen könnten, sie entschieden für Gesamt-Trier und nicht nur wie die verschiedenen Ortsbeiräte für partikulare Einzelbelange unterschiedlicher Stadtteile. Diese hypostasierte Position wird gerne (bewusst oder unbewusst) von der SPD in Trier eingenommen. Dabei übersehen sie in ihrer Hybris, dass es neben den verschiedenen Einzelwillen keinen vergegenständlichten Gesamt-Willen, der für die „Gesamtheit Aller“ gültig sein könnte, geben kann. (Schon Aristoteles kritisierte an Platon, dieser nehme „neben“ dem „konkreten Sokrates“ noch einen zweiten, „hypostasierten Sokrates“ als bloße Idee an.) Was immer dieser Gesamt-Wille wollen können sollte, es wäre ein bloßer parteipolitischer Götze, denn er repräsentierte in keinem Fall den konkret ausgedrückten Willen der Menschen vor Ort. Dieser Widerspruch macht sich formell besonders in dem politischen Gremium des Stadtrates deutlich, das letztverbindlich entscheidet: Hier werden häufig Entscheidungen „einstimmig“ getroffen, die jedoch zuvor von den Ortsbeiräten der verschiedenen Stadtteile sehr differenziert und unterschiedlich beurteilt worden waren, weil sie vor Ort eben die Belange der Menschen vor Ort berücksichtigen. Der Stadtrat setzt sich aber unter Berufung auf die „übergeordneten Belange der Gesamtheit“ – und damit mittels einer bloßen Abstraktion, der im Extremfall auch gar kein Einzelwille mehr entsprechen muss (!), eben: als „Kompromiss“ (!) - über die konkreten Belange der Menschen vor Ort hinweg. Das Ergebnis ist also mitunter eines, das keiner je gewollt hat – das aber darum die Politik insgesamt ad absurdum führt! Es werden (rein passiv!) sodann die unvermeidlichen „Geamtzwänge“ verantwortlich gemacht, und die gesamte Politikerschaft begibt sich dadurch in eine frei gewählte Narrenfreiheit! Keiner ist mehr verantwortlich für die konkreten Umstände, die zunächst vorgefunden und zugleich politisch selbst erzeugt wurden. Das entlastet (die Politikerschaft) ungemein, führt aber zu keiner Lösung (der Probleme), denn die Menschen vor Ort sind weiter unzufrieden und fordern politische Veränderungen (ad infinitum). Hier schlägt die Stunde von politischen Reformen, Bürgerbewegungen oder Rebellen (gegen das bestehende Prozedere). Denn, wo keine Mehrheit zu organisieren ist, da gibt es auch keine! Das ist keineswegs schlimm für die Wirklichkeit, wohl aber für die bloß „abstrakten“ Kopfkongzepte. Die gehören in die Schublade, nicht aber in die Realität. Weshalb sollte sich die Stadt Trier denn auch Schämen, wenn sie sich ihren „Reichtum“ gegenüber anderen Städten weiterhin bewahren will, mehr Grundschulen zu führen, als vermeintliche „Finanzexperten“ mit dem Rechenstab zulassen wollen? Keine einzige der Trierer Grundschulen gehört jedenfalls auf einen Friedhof!